

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

XXXIV/124

Bonn, den 4. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>PARIS - BONN</u>	90
	Bilanz des ersten Kontaktes von Bundesaußenminister Willy Brandt mit der neuen französischen Regierung Von Günter Markscheffel, z. Zt. Paris	
2 - 3	<u>Der Fünfte Deutsche Bundestag</u>	90
	Versuch einer Würdigung	
4 - 5	<u>Das Bundesinnenministerium und die Sportförderung</u>	61
	Von Willi Müller, MdB	
6 - 7	<u>NPD kontra "Apfelsinenbändiger"</u>	69
	Necnazis wärmen fremdenfeindliche Gefühle auf Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	

*

*

*

P A R I S - B O N N

Bilanz des ersten Kontaktes von Bundesaußenminister
Willy Brandt mit der neuen französischen Regierung

Von Günter Markscheffel, z. Zt. Paris

"Freundschaftlich, locker und aufgeschlossen" - mit diesen Worten charakterisierte Bundesaußenminister Willy Brandt seine Gespräche in Paris, die er als erster Außenminister eines mit Frankreich befreundeten Landes am Freitag mit den Männern der neuen Regierung - Staatspräsident Pompidou, Ministerpräsident Chaban-Delmas und Außenminister Maurice Schumann - führte. Ursprünglich sollte es ein Routinetreffen zwischen den Außenministern sein. Man wollte im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages "Meinungen austauschen" und den von beiden Regierungen nach langen Verhandlungen gebilligten Vertrag über den Bau des Oberrhein-Kanals unterzeichnen. Der ungefähre Termin war schon seit langem vorgesehen. Inzwischen hat Frankreich eine neue Regierung, neue Männer bestimmen jetzt die Geschicke unseres Nachbarlandes. Eine gute Geste des französischen Außenministers zeigte gleich zu Beginn des Brandt-Besuches, wie sehr man in Paris auf den deutschen Gast eingestellt war. Maurice Schumann wartete Donnerstagabend 45 Minuten auf dem Flugplatz Orly auf seinen Kollegen aus Bonn, weil die Maschine der Bundeswehr wegen zu großem Flugverkehr zunächst kein Landeerlaubnis erhalten hatte.

Die Grundzüge der deutsch-französischen Freundschaft sind die gleichen, wie zu Zeiten des französischen Präsidenten de Gaulle. Aber die Atmosphäre ist verändert. "Freundschaftlich, locker und aufgeschlossen", wie Brandt sagte.

Das Protokoll ist weniger steif. Man redet miteinander mehr Klartext als noch vor einigen Monaten und man ist jetzt auf französischer Seite aufmerksamer und beweglicher gegenüber den Vorstellungen und Anregungen aus Bonn.

Die ruhige und bestimmte Art des Bundesaußenministers, seine vielen Bemühungen, die Fortsetzung der europäischen Politik bei gleichzeitiger Respektierung der Schwierigkeiten, denen seine Pariser Gesprächspartner gegenüberstehen, werden anerkannt, um nicht zu sagen, honoriert.

Am Freitag wurden in Paris keine Beschlüsse gefaßt. Man ist sich einig darüber, daß das Europa der Sechs weiter gefestigt und ausgebaut werden soll. Vorsichtig wird angedeutet, daß, um dieses Ziel zu erreichen, auch währungspolitische Probleme stärker als bisher in den Vordergrund gestellt werden sollen. Wie? - darüber wird zunächst höflich geschwiegen, aber ohne Zweifel kann Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller, wenn er in der nächsten Woche nach Paris kommt, schon einiges mehr darüber sagen und auch erfahren.

Die neue französische Regierung betrachtet ein gutes Verhältnis

zwischen Paris und Bonn als die Grundlage für das Funktionieren einer fortschrittlich europäischen Politik. Hierbei geht man in Paris von der Voraussetzung aus, daß kein europäischer Staat eine sogenannte Führungsrolle anstrebt und daß die Schwierigkeiten, die auf dem Weg nach "Europa" auftauchen, g e m e i n s a m überwunden werden müssen. Diese Gewißheit kann der Bundesaußenminister nach seinen sehr ausführlichen Gesprächen mit den französischen Staatsmännern haben.

Brandt konnte auch feststellen, daß man in Paris heute eher bereit zu sein scheint, deutsche Argumente für die Fortsetzung der europäischen Politik nicht nur anzuhören, sondern auch gewissenhaft zu prüfen und für die eigenen Überlegungen in Rechnung zu stellen. Immer war das nicht so, allzu oft sagte man sich bei Ministertreffen freundlich klingende Komplimente, um kurz danach zu erkennen, daß manches gesprochene Wort unverbindlich blieb...

Die französischen Gesprächspartner Brandts hatten am Freitag keine "Rezepte" für die Verhandlungen in Brüssel anzubieten. Sie sagten offen, daß sie gerade erst im Begriff seien, die Bilanz ihrer Möglichkeiten zu ziehen und hierbei auch die Überlegungen der fünf übrigen EWG-Partner in Rechnung zu stellen. Dies alles wird den EWG-Experten in den kommenden Wochen eine Fülle zusätzlicher Arbeit bringen, ist man sich doch darüber einig, daß möglichst bald die europäische Politik nach den Methoden der "konzertierten Aktion" entwickelt werden soll.

Noch eine Beobachtung gilt es nach dem Paris-Besuch Brandts zu registrieren: Der deutsche Außenminister konnte nach getaner Arbeit sagen, die neue Regierung neige ganz offenkundig dazu, die europäischen Probleme sehr sachlich und pragmatisch anzupacken. Auch das war nicht immer so. Empfindlichkeiten, Mißverständnisse, die nicht gleich ausgeräumt wurden, und oft genug auch Visionen oder Dogmen - wie es die hohen französischen Beamter ausdrückte - haben ohne Zweifel manchenmal die Diskussionen zu zweit und zu sechst vorübergehend belastet. Jetzt werden Z a h l e n genannt, es wird nicht schöngefärbt, es wird über das Notwendige kühl und mit dem Ziel der Überwindung selbst großer Schwierigkeiten miteinander geredet.

Daß auch die neue französische Regierung die deutschen Bemühungen um eine Entspannung im Ost-West-Verhältnis unterstützen wird, ist eine weitere erfreuliche Feststellung, die nach dem Pariser Gespräch Brandts getroffen werden darf.

Bilanz: Brandt hat den Eindruck gewonnen, daß die neue französische Regierung, ebenso wie die Bundesregierung, das europäische Einigungswerk fortsetzen will, daß sie dabei jedoch behutsam vorzugehen gedenkt und ohne Grundsatzvorbehalte, die der gemeinsam gestellten Aufgabe a l l e r Europäer abträglich sein könnten, aktiv sein wird.

Wenn Bundeskanzler Kiesinger demnächst mit Staatspräsident Pompidou in Bonn zusammentrifft, kann er sich bei den Gesprächen mit seinem Gast auf die gute Vorarbeit stützen, die Bundesaußenminister Willy Brandt jetzt in Paris geleistet hat.

- + +

Der Fünfte Deutsche Bundestag

Versuch einer Würdigung

Der - Der Fünfte Deutsche Bundestag ist in die wohlverdienten Ferien gegangen und wenn nichts Ungewöhnliches passiert, war die Donnerstags-Sitzung auch seine letzte. Die Abgeordneten hatten in den letzten Wochen eine große Arbeitsleistung zu bewältigen, gesellschafts- und sozialpolitische Gesetze wurden noch verabschiedet, um deren Verwirklichung viele Jahre lang die Geister miteinander im Streite lagen. Auf vielen Gebieten setzte der Bundestag neue, in die Zukunft weisende Wegzeichen, prägte er entscheidende Abschnitte der deutschen Nachkriegsgeschichte. Er beendete seine Tätigkeit in einer Zeit, die sich im schneller Wandel befindet und die von allen für die Führung von Volk und Staat Verantwortlichen Außerordentliches abverlangt.

Das Herausragendste Ereignis, mit dem es der Fünfte Deutsche Bundestag zu tun hatte, das er selbst bewirkte, das der deutschen Politik neue belebende Impulse gab, war die Bildung der Großen Koalition. Die Zeichen dafür waren schon im Herbst 1965 erkennbar. Die Regierung Erhard/Mende erlebte zwar in jenem Jahr eine Neuauflage, doch Einsichtige und Kenner der Bonner Szenerie prophezeiten ihr keine lange Lebensdauer. Sie sollten recht behalten. Nur ein Jahr dauerte es, bis sich ihre Schwächen, ihre Führungs- und Richtungslosigkeit offenbarte. Die Unionsparteien und die FDP standen damals am Ende ihres Laufs, sie konnten mit der von ihnen verschuldeten wirtschaftlichen Krise, verbunden mit wachsender Arbeitslosigkeit und Existenzängsten von Millionen unserer Bürger nicht fertig werden. Den Staatsfinanzen drohte das Chaos. Außenpolitisch geriet die Bundesrepublik durch die Handlungsunfähigkeit der damaligen Bundesregierung in eine gefährliche Zone der Isolierung.

Neuwahlen boten sich als bester Ausweg an. CDU/CSU und FDP wollten davon nichts wissen. Sie fürchteten die Quittung.

Der Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung der Großen Koalition brachte die erlösende Wende. Sie entzogen sich nicht der Verantwortung und widerstanden den Versuchen, die "anderen" völlig abwirtschaften zu lassen. Die Entscheidung fiel ihnen nicht leicht, leidenschaftliche Diskussionen gingen ihr voraus. Die Sozialdemokraten entschieden sich für die Regierungsbeteiligung, nicht um die Unions-Parteien zu retten, sondern um schweren Schaden von Volk und Staat abzuwehren.

Heute ist der Streit darüber verstummt, er gehört der Geschichte an. Heute zählt das Gewicht der Tatsachen. Die Große Koalition hat trotz mancher unvermeidlicher Reibungen ihre Existenz gerechtfertigt und das Programm erfüllt, das sie sich vorgenommen hatte. Viele Gesetze tragen unverkennbare sozialdemokratische Handschrift. Die unverbrauchten Energien sozialdemokratischer Bundesminister kamen dem Ganzen zugute, und die Gedanken und Vorstellungen, die sie mit ein-

brachten, fanden ihren Niederschlag in einer veränderten politischen Landschaft. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist nun gebannt dank der vorausschauenden Wirtschaftspolitik des Sozialdemokraten Prof. Dr. Karl Schiller. Gefahren kommen heute von einer überschäumenden Hochkonjunktur - Welch ein Wandel innerhalb von zweieinhalb Jahren. Das Instrument der mittelfristigen Finanzplanung und das Stabilitätsgesetz, vernünftig angewandt, gibt nun jeder Bundesregierung, sofern sie nur will, die Handhabe, das wirtschaftliche Geschehen zu beeinflussen und Unheil für Volk und Staat zu bannen. Das Rentenanpassungsgesetz nimmt Millionen unserer Bürger die Sorge vor dem Alter. Die Gleichstellung der Arbeiter im Krankheitsfall mit den Angestellten und die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte auf 1.200 DM monatlich ab 1. Januar 1970 sind gesellschaftspolitische Großtaten, die im Herbst 1966 nicht im Programm der Großen Koalition vorgesehen waren. Es sind Meilensteine auf dem beschwerlichen Weg zur allgemeinen Volksversicherung. Sie fallen auf das Konto der Sozialdemokraten, die sich auch hier als das nach vorwärts drängende Element erwiesen.

Die Gefahr außenpolitischer Isolierung der Bundesrepublik ist gebannt. Die vom Außenminister Willy Brandt konzipierte Politik einer Strategie des Friedens und die Bereitschaft der Bundesrepublik, auch mit dem anderen Teil Deutschlands ohne Diskriminierung zu einem geregelten Nebeneinander zu kommen, tragen Früchte; trotz des Neins aus Ostberlin erfolgte hier ein großer Durchbruch. Für die konservativen Kommunisten ist es nicht mehr so leicht, die Bundesrepublik Deutschland als Herd von Kriegstreibern und Unruhestiftern zu verteufeln. Sie stoßen im eigenen Machtbereich auf Widerspruch, auf oft im verborgenen sich bekundenden Protest. Heute erweist sich Ulbricht als der Friedensstörer, als der Neinsager zu allen Bemühungen, das innerdeutsche Verhältnis zu erleichtern. Die Bundesrepublik hat an internationalem Status gewonnen, sowohl bei ihren Verbündeten als auch in manchen kommunistischen Ländern, ganz zu schweigen vom Ansehen, das sie sich in vielen Ländern der Dritten Welt durch die an keine politischen Bedingungen gewährte Entwicklungshilfe erwarb.

Die Bilanz der Großen Koalition und der überragende sozialdemokratische Anteil an dem, was seit dem Herbst 1966 geschah, kann sich sehen lassen; er läßt sich nicht verleugnen. Die Sozialdemokraten erwiesen sich oft als unbequeme, drängende aber zuverlässige Partner. Ihr Wort galt, an dem gab es nichts zu rütteln.

Das böse Wort eines Adenauer, ein Sieg der Sozialdemokraten wäre der Untergang Deutschlands, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Ohne die Sozialdemokratie gibt es keinen Weg in eine gesicherte Zukunft unseres Volkes. Sie zur bestimmenden politischen Kraft werden zu lassen, darum geht es im Ringen um die Zusammensetzung des Sechsten Deutschen Bundestags. Die Sozialdemokraten haben es daher nicht nötig, sich als Führungskraft zu legitimieren. Dieser Beweis wurde schon erbracht. Sie können regieren und auf sie kann sich unser Volk verlassen.

+ + +

Das Bundesinnenministerium und die Sportförderung

Von Willi Müller, MdB

Mit der Anmut eines unwilligen Knaben hat Bundesinnenminister Ernst Benda die sachliche Kritik zurückgewiesen, daß durch die eigenwillige Laufung eines Sportbeirates, der Deutsche Sportbund und der Innenausschuß des Deutschen Bundestages gleichermaßen brüskiert wurden.

Der Einwand des DSB, die Entscheidung des Ministers sei ein einseitiger Akt, der laufende Gespräche zwischen Sport und Staat störe und von Befremder des Innenausschusses, der seine einstimmig gefaßte Entschlie-ßung ignoriert sieht, setzt der Minister entschiedenes Beharren auf seiner Entscheidung entgegen.

Er tut dies mit dem Selbstverständnis eines Mannes, dessen Wunschkraft größer als seine Einsicht ist.

Was dem Minister wünschenswert erscheint, paart sich mit der ihm eigenen Anhänglichkeit an überkommene Vorstellungen. Immer noch hängt er an jener Planung, die unter der Überschrift "Bundeszentrale für Sport" zweifig bekannt wurde. Diese mit Schlagzeilen und Ünwillen in der Öffentlichkeit bedachte Konzeption des Innenministeriums zeichnete sich vor allen Dingen dadurch aus, daß außergewöhnlich viel Liebe und Neigung im Detail darauf verwandt worden war, eine neue Verwaltungseinheit unter der Regie des Innenministeriums zu schaffen. Gerade in den Kreisen des Sports wurde kritisch bemerkt, wieviel Druckerschwärze und Inflation auf Besoldungsregelungen, Planstellenschöpfungen und Raumbedarfsplanung dieses Papier zierte. Unbehaglich wurde die in der Planung deutlich werdende Tendenz aufgenommen, ohne Rücksicht auf Sachzuständigkeit eine immerhin unstrittene Kompetenz aufzubauen.

Die unüberhörbare öffentliche Schelte, die den Planern und der Planung galt, brachte das Papier wieder unter Verschuß.

In den vom Innenausschuß veranstalteten öffentlichen Hearings,

Aber auch bei Debatten und in den Fragestunden des Deutschen Bundestages wurde in der Folgezeit immer wieder offenkundig, wie wenig Konsequenz seitens des Innenministeriums darauf verwandt wurde, zugunsten guter Anregungen und Vorschläge auf die Weiterverfolgung der alten Pläne zu verzichten.

Der Versuch der Sozialdemokraten, mit Hilfe ihrer Initiativen für den "Deutschen Sportrat" von Kompetenzansprüchen weg zu einem runden Tisch für das Gespräch von Staat und Sport zu kommen, wurde bisher durch die Zurückhaltung des Ministers verzögert. Um es zu verdeutlichen: Niemand spricht diesem oder jenem anderen Minister das Recht ab, sich sachverständig informieren zu lassen. Das scheint schon deshalb gerechtfertigt, weil Sachverstand gewichtiger als bürokratische Assistenz ist.

Insoweit richtet sich Kritik nicht gegen die Tatsache der Berufung des Sportbeirates, nicht gegen seine personelle Zusammensetzung, sie richtet sich nachdrücklich gegen Stil, Methode und Mißachtung des DSB, die hier praktiziert wurden.

Die Beratungen und uneingeschränkte Übereinstimmung zwischen dem DSB und einer Gesprächsvertretung von Fraktion und Parteivorstand der SPD haben gezeigt, daß Partnerschaft und sportliche Fairneß gerade und besonders im unvermeidlichen Zusammenspiel von Sport und Politik ihren Platz haben. Die konstituierte "offene" Arbeitsgruppe zur Realisierung der Koordinierungsstelle auf der Grundlage der Vorschläge zum "Deutschen Sportrat", wie sie vom DSB und SPD vereinbart wurde, hat überraschend schnell und der Sache dienlich die Zustimmung von CDU/CSU und FDP gefunden. Was sich jetzt abzeichnet, entspricht dem Willen der SPD, dem Sport eine breite parlamentarische Förderungsbasis zu geben. Mit dem Sachverstand und einem aktiven Verhältnis der Parlamentarier zum Sport wächst zugleich eine dringend notwendige Stärkung der Kontrollfunktion der Politiker gegenüber Exekutive. Die "Sportsförderungsinitiativen" von CDU-Minister Benda haben dies einmal mehr bewiesen. Der Unterausschuß Sport im Bundestag, der DSB und SPD übereinstimmend befürwortet, kann nicht zuletzt der gesellschafts- und gesundheitspolitischen Bedeutung des Sportes gerecht werden.

NPD kontra "Apfelsinenbändiger"

Neonazis wärmen fremdenfeindliche Gefühle auf

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Unbestreitbar lebt innerhalb der deutschen Kolonie in Spanien ein nicht unbeträchtlicher Teil, der heute noch der NS-Ideologie anhängt und Landsleute mit anderen politischen Auffassungen bei entsprechenden Stellen anschwärzt. Aus dieser Ecke kommt auch die Begeisterung, die in manchen spanischen Presseorganen für die neofaschistische NPD manchmal durchschlägt. So schrieb Jesús Ubierna in dem vom "Opus Dei"-Sprachrohr des Falange-Blatt umfunktionierten Madrider "Alcázar", die NPD könnte nach den Bundestagswahlen das Zünglein an der Waage bilden und entweder die CDU oder die SPD zu einer Koalition mit ihr veranlassen. Heilige Einfalt! Nüchterner sah es das Falange-Zentralorgan "Arriba", das den Neonazis bestenfalls eine Rolle zubilligt, wie sie heute die FDP spielt.

Da werden kritiklos die Behauptungen der NPD übernommen, die Bundesregierung entfessele mit Steuergeldern im Ausland eine Anti-NPD-Kampagne und veranlasse internationale jüdische Organisationen, gegen die NPD zu protestieren. Freilich, über Geschmack läßt sich nun einmal streiten. Tatsache ist indessen, daß auch Spaniens NPD-Freunde, die zwar wegen mißliebige ausländische Journalisten, darunter einen Holländer und einen Schweizer, polizeiliche Nadelstiche mit tieferer Bedeutung führen, im Hinblick auf die deutschen Neonazis ein recht kurzes Gedächtnis haben. Das gleiche Blatt "Alcázar", das heute aus der NPD das kommende Zünglein an der Waage macht, hatte noch zu vorfalangistischen Regie-Zeiten geschrieben, es sei ein erklärtes politisches Ziel dieser Partei, die ausländischen Gastarbeiter in ihre Heimatländer zu verfrachten. Damals - es war gerade Rezession - verbreitete die NPD gastarbeiter- und fremdenfeindliche Flugblätter im Ruhrgebiet. Die Spanier wurden dabei zu "Apfelsinenbändigern". Ein hoher NPD-Funktionär will einem "Alcázar"-Berichtersteller seinerzeit erklärt haben, Ziel seiner Partei sei es, in den eigenen Ländern dieser Gastarbeiter genügend Arbeitsplätze zu schaffen, um ihre Beschäftigung in der Bundesrepublik überflüssig zu machen. Diese Anschauungen, die so sehr den spanischen Auffassungen entgegenkommen, sind freilich nicht auf dem Mist der NPD gewachsen, die gastarbeiterfeindliche Flugblatt-Propaganda straft den Parteifunktionär Lügen.

Es ist beruhigend, daß nicht überall in Spanien die gleiche

Kurzsichtigkeit herrscht, die in einigen nicht unbedeutenden Meinungs-
äußerungen zum Vorschein kommt. Nach den Statistiken des Madrider Arbeits-
ministeriums sind drei Millionen Spanier in Lateinamerika tätig, eine
Million in Mittel- und Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik und
in Frankreich. Jeder zweite Spanier geht zwei Beschäftigungen täglich
nach, um überhaupt einigermaßen wirtschaftlich über die Runden zu kom-
men. Eine politische Mitsprache der NPD in Bonn würde dazu führen, die
Sorgen des spanischen Arbeitsministeriums zu vervielfachen, dem spani-
schen Staat wesentliche Deviseneinnahmen durch Gastarbeiter-Überweisun-
gen (bis zu einer Milliarde Mark im Jahr) zu entziehen und die spanische
Volkswirtschaft kurzfristig in ein heilloses Tohuwabohu zu stürzen, denn
ausländische Investitionen brauchen ihre Zeit, ehe sie zum Tragen kom-
men und sich in der Schaffung der dringend benötigten neuen Arbeits-
plätze niederschlagen. Allein die Eingliederung der 4808 bisherigen
Gibraltar-Grenzgänger in den spanischen Arbeitsprozeß dürfte Madrid vor-
bringen führen, daß eine Durchsetzung der gastarbeiterfeindlichen NPD-
Politik die gegenwärtigen Schwierigkeiten ins Uferlose vergrößern wür-
de. Spanien sah sich veranlaßt, zur Eingliederung der ehemaligen Gibralt-
ar-Arbeiter bis Jahresende 1969 nach dem Vorbild des "Notopfers Ber-
lin" eine Art "Notopfer Gibraltar" von drei Pfennig pro Inlandsbrief
bzw. Postkarte zu erheben.

Es gibt in Spanien auch einsichtige Massenmedien wie den Staats-
rundfunk, der - das lassen seine Berichte und Kommentare erkennen - die
wahre NPD durchschaut hat. Aber das sind Einzelercheinungen, wenn man
die letzten Wochen noch einmal Revue passieren läßt. Die NPD wird nichts
unversucht lassen, gerade in Spanien faszistisches Sympathie-Kapital
zu mobilisieren und selbst jene Spanier gräßlich zu Güpfeln, die sich
zum Blechtrommler für diese neofaschistische Partei machen. Auch in Spa-
nien sollte das Sprichwort von den Kälbern, die ihre Metzger selber
wählen, nicht unbekannt sein. Die NPD bietet zwar manchen Ewiggestri-
kten vertraute Propaganda-Fanfaren, die sein Herz höher schlagen las-
sen - aber siebürdet ihnen gleichzeitig unnötige Probleme auf, die
vielleicht Spaniens wirtschaftliche Existenz beeinträchtigen, um es
vorsichtig zu sagen.